Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung nur $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.", Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

The "Saskatchewan Courier"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country.
Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price $1.00 in advance. P. O. Drawer 452. - - - - Phone 657.

2. Jahrgang. | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 17. März 1909. | No. 21

Aus dem Dominion-Parlament.

Dominion-Parlament.

Gelegentlich einer Debatte über eine Vorlage zur Verlängerung des Charters einer Eisenbahngesellschaft (Winnipeg & North Western R. R.) ergriffen auch verschiedene Mitglieder vom Nordwesten das Wort.

McCraney (Saskatoon) sagte, als er nach Ottawa gekommen sei, habe er die Meinung gehabt, daß ein Charter (Freibrief) einer Eisenbahngesellschaft das ausschließliche Recht gebe, entlang einer bestimmten Route zu bauen. Er habe jedoch erfahren, daß das nicht der Fall sei. Darauf wies Campbell (Dauphin, Man.) auf die Praxis hin, daß Bahngesellschaften ihre Charters öfters verkaufen, ohne gebaut zu haben. Ein Charter müsse also doch besondere Privilegien geben. Worauf McCraney meinte, „besondere" Vorrechte seien noch keine „ausschließlichen" Rechte. Er möchte allerdings, daß so viele Charters wie nur möglich erteilt würden, damit ein Freibrief an und für sich keinen besonderen Geldwert repräsentiere. Darauf kam er auf eine Petition zu sprechen, die ihm zugegangen sei. In dieser protestierten Bewohner seines Wahlkreises gegen die Verlängerung der Zeit, in welcher eine bestimmte Bahnlinie nach Moose Jaw gebaut werden müsse. Soweit seine Erfahrung gehe, könnte Bahngesellschaften, die eine bestimmte Linie nicht gerne bauen wollten, nur dadurch veranlaßt werden, dies zu tun, indem man die Gesellschaft mit Geld unterstütze. Er sei dafür, daß das im Falle der Moose Jaw Linie geschehe.

Der Abg. Magrath (Medicine Hat) meinte, er sei dafür, soviel Charters zu gewähren, wie nur möglich. Leider würden jetzt viele Ansiedler „beschwindelt", indem man ihnen vormache, es würden in dem betreffenden Distrikt sehr bald Bahnen gebaut. Leider existierten die Bahnlinien dann meistens nur auf dem Papier.

Namentlich Campbell (Dauphin, Man.), der überhaupt gern spricht und möglichst theatralisch auftritt, sprach sich scharf gegen Zeitverlängerung aus. Aber, so meinte er, „die Liberalen stimmten immer und auf jeden Fall nach Parteirücksichten."

Der neue Canadisch-Französische Handelsvertrag, der schon so lange in der Schwebe ist, ist noch immer nicht ratifiziert. Die Franzosen sind nämlich nicht mit den Bedingungen zufrieden und haben zahllose Ausstellungen und Abänderungen gemacht. Diese liegen jetzt dem Parlament zur Beratung vor. Noch allem, was man jetzt von diesem Vertrag hört, scheint Canada dabei nicht jetzt vorteilhaft abzuschneiden.

Wann werden wohl die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Canada aufgenommen werden? Ohne Zweifel wäre unser altes Vaterland ein viel besserer Markt für canadische Produkte als Frankreich.

Deutschland muß z. B. alljährlich viele Millionen Buschel Weizen einführen, während Frankreich viel Weizen ausführt. Und Canada hat doch auch gerade Weizenmärkte nötig.

Von Manitoba wurde durch den Abgeordneten Dr. Roche eine Denkschrift dem Parlament vorgelegt, in welcher um eine größere Gebietserweiterung der Provinz ersucht wird, als in der seinerzeit von Premier Laurier eingebrachten Resolution vorgesehen ist. Auch wird in dem Schriftstück gebeten, daß Manitoba dieselben finanziellen Bedingungen erhalte wie Saskatchewan und Alberta. Auf Grund dieser letzteren Bitte wurde die Denkschrift zurückgewiesen, weil die Regierung und nicht das Parlament über solche Bewilligungen zu entscheiden habe.

Der Finanzminister Hon. Fielding brachte die amendierte Versicherungsvorlage mit einer längeren Rede ein und zeigte, daß die Vorlage bedeutende Verbesserungen gegen die letztjährige aufzuweisen habe.

Auf eine Anfrage hin erklärte der Eisenbahnminister, daß neue Pläne für die Erbauung der seinerzeit eingestürzten Brücke über den St. Lorenz bei Quebec vorbereitet würden. Die Brücke würde eine Höhe von 150 Fuß über den Hochwasserspiegel erhalten.

Gelegentlich der Beratungen über Bewilligungen ergriff Herr Foster das Wort und kritisierte die Erhöhung der Gehälter der Civildienstbeamten. Verschiedene Minister hätten die Gehälter der Beamten teilweise auf das Doppelte (? Red.) erhöht. Hon. Oliver habe 116 Neuernennungen gemacht. Das sei gegen das Gesetz, da das Parlament keine Bewilligungen dafür gemacht habe. Die Beamtengehälter der Regierung beliefen sich jetzt auf über 8 Millionen Dollars das Jahr, das sei mehr, als die Miliz und die regulären Truppen Canadas kosten. Auch sei es eine Schande, daß meistens solche Beamte eine Gehaltserhöhung erhalten hätten, die nach dem Jahre 1896 angestellt worden seien.

Der Eisenbahnminister Hon. Graham brachte folgende Resolution ein: „Es ist ratsam, vom 1. April 1909 ab jedes Jahr für fünf Jahre die Summe von $200,000 aufzubringen und beiseite zu setzen zum Zweck der Beihilfe zur Herstellung angemessener Eisenbahnkreuzungen. Dieser Fonds erhält den Namen „Eisenbahn-Kreuzungs-Fonds" und soll gemäß Bestimmung der Eisenbahn-Kommission verwendet werden." Die Resolution wurde angenommen und darauf die betreffende Vorlage eingebracht.

Der Minister meinte, jedes Mitglied sei wohl davon überzeugt, daß etwas in dieser Richtung getan werden müsse. Es bestehe ein Problem, das einer praktischen Lösung harre. Man habe gegen die Bill eingewendet, daß keine Gelder der Regierung für diesen Zweck verwendet werden sollen, sondern daß die Eisenbahnen und Munizipalitäten die Kosten tragen müßten. Wenn wir erst am Anfang unserer Eisenbahngesetzgebung ständen, so würde das Problem angemessene Bahnkreuzungen nicht so schwer zu lösen sein. Leider aber haben die Bahnen in der Vergangenheit sehr viele Rechte und Freiheiten genossen und eigentlich getan, was ihnen gut dünkte. Es ist jetzt Zeit, das in der Vergangenheit Getane in der Zukunft nicht mehr zu tun oder umzustoßen. Das ist nicht so leicht. Der beste Weg, den man einschlagen sollte, sei der, daß die Regierung eine Beisteuer bis zu 20 Prozent zu den enormen Kosten bewillige. Die genauere Verwendung dieser Gelder solle die Eisenbahnkommission bestimmen. Es sei nicht beabsichtigt, eine Grenze zu setzen in Hinsicht auf Beträge, die Munizipalitäten zur Herstellung von Kreuzungen beisteuern. Man wolle nur zur Verbesserung bereits bestehender Kreuzungen beitragen. Neue Kreuzungen sollten in Zukunft von den Bahnen selbst in angemessener Weise hergestellt werden. Die Eisenbahn-Kommission habe das Recht, zu bestimmen, wieviel eine Munizipalität zu den Bahnkreuzungen beisteuern müsse. Er habe an alle Premierminister der einzelnen Provinzen geschrieben und um ihre Unterstützung in dieser Sache gebeten und er hoffe, daß die einzelnen Provinzen ebenso wie die Dominion-Regierung Gelder für Bahnkreuzungen bewilligen würden.

Eine weitere Bestimmung der Vorlage geht dahin, daß Eisenbahnen in Zukunft genügende Fireguards herstellen müssen, widrigenfalls sie allen angerichteten Schaden zu tragen haben. Eine andere Bestimmung betrifft die Enteignung von Landbesitz durch Eisenbahnen. Gegenwärtig sind die Bestimmungen so, daß wenn eine Bahngesellschaft die Pläne ihres Wegerechts hinterlegt hat, der Wert des Landes, durch welches die Bahn geht, stationär bleibt, auch wenn die Bahn es erst in 10 Jahren kauft. In Zukunft sollen die Bahnen gezwungen sein, in zwei Jahren nach Einreichung der Pläne das Wegerecht wirklich zu kaufen. Dadurch werden die Bahnen wohl gezwungen werden, rascher zu bauen.

Ein Abgeordneter brachte ein Gesetz ein, wonach die Uhren des Landes vom letzten April bis zum letzten Oktober jeden Jahres um eine Stunde vorgesetzt werden sollen. Früh aufstehen und früh zu Bette gehen, ist scheinbar die Losung dieses Herrn.

Da Manitoba nicht mit der von Sir Wilfrid seinerzeit vorgeschlagenen Grenzerweiterung zufrieden ist und Ontario sich überhaupt noch nicht dazu ausgesprochen hat, so wird eine diesbezügliche Vorlage wahrscheinlich auf eine spätere Session vertagt werden. Damit würden die noch in dieser Session zu erledigenden Arbeiten bedeutend verkürzt werden. Es bleiben dann nur noch auf dem Programm die Budget-Debatte, die Vorlage zur Bewilligung einer Anleihe von 10 Millionen Dollars an die Grand Trunk und die Versicherungs-Vorlage, die längere Debatten mit sich bringen werden. Man erwartet in Regierungskreisen Ende April oder Anfangs Mai den Schluß der Sitzung des Parlaments.

Am Montag wurde eine Resolution eingebracht, daß sobald wie möglich ein Farmer des Westens zum Eisenbahnkommissär anstelle des verstorbenen Hon. Greenway ernannt werde. Hoffentlich wird das geschehen. Der Westen ist ein Farmerland und die Farmer sollten etwas in einer für sie so wichtigen Sache zu sagen haben.

Wahl in Alberta.

Am Montag den 15. März fanden die Nominationen in unserer westlichen Nachbar-Provinz statt. Die Regierung stellte in den 39 Wahlkreisen, wo die Wahl am 22. März stattfindet, Kandidaten auf, während die Konservativen 8 Sitze den Liberalen ohne Opposition überließen. In weiteren fünf Kreisen stehen den Liberalen unabhängige Kandidaten gegenüber. In Edmonton stehen den zwei Liberalen ein Konservativer und ein Unabhängiger gegenüber. In Calgary „laufen" zwei Liberale, zwei Konservative und zwei Sozialisten.

R. B. Bennett, der frühere konservative Führer, hofft den Minister für Oeffentliche Arbeiten, Cushing, schlagen zu können. Im Wahlkreis Strathcona steht ein Unabhängig-Konservativer dem Premier-Minister gegenüber. Rosenroll, der Deutsch-Schweizer, der früher Wetaskiwin vertrat, hat sich entschlossen, nicht mehr als Kandidat aufzutreten. Es ist nun ein Schwede aufgestellt. Hiebert ist jetzt unabhängig. Sonst scheinen keine deutschen Kandidaten aufgestellt zu sein, was sehr zu bedauern ist.

Der Kampf ist wesentlich ein Kampf zwischen Nord und Süd. Im Norden sind die Liberalen und im Süden die Konservativen die Stärkeren.

In der nächsten Woche hoffen wir den Lesern das Wahlresultat mitteilen zu können. Stimmtag ist Montag den 22. März.

Deutsche Schiffe in canadischen Häfen.

Von Montreal wird geschrieben: „In der kommenden Schiffahrtssaison werden wir nach langer Zeit auch einmal wieder deutsche Schiffe im hiesigen Hafen sehen. Seit dem Beginn des Zollkrieges zwischen Canada und Deutschland haben deutsche Schiffe den hiesigen Hafen nicht mehr besucht. Die Hamburg-Amerika-Linie, die früher regelmäßig Dampfer nach hier laufen ließ, fand die Aufrechterhaltung des Verkehrs mit ihren eigenen Schiffen nicht lohnend genug. Nunmehr haben sich die beiden großen deutschen Dampfer-Gesellschaften, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd mit anderen europäischen Linien zusammengetan und zwar, wie behauptet wird, in der Hoffnung, daß Deutschland und Canada endlich zu einer Einigung über ihr Handelsverhältnis kommen werden. Es wird beabsichtigt, einen vierzehntägigen Dienst nach hier einzurichten. Die Schiffe sollen nicht nur Fracht, sondern auch Passagiere, vornehmlich Auswanderer nach Canada befördern. Früher, zur Zeit der Hansa-Linie und auch nachher noch, nachdem die Hamburg-Amerika-Linie die Hansa-Linie aufgekauft hatte, war der Schiffsverkehr zwischen Hamburg und Montreal ein außerordentlich reger. Der Zollkrieg jedoch und nicht zum wenigsten die vielen Havarien, welche die Linie in dem immerhin schwierigen Fahrwasser des St. Lorenzstromes zu erleiden hatte, haben damals die große Hamburger Rhederei veranlaßt, den Verkehr mit Montreal vermittels eigener Schiffe einzustellen. Wenn nun dieser Verkehr wieder aufgenommen wird, so ist das ein Beweis, daß unsere großen deutschen Schiffslinien nicht gesonnen sind, sich ein voraussichtlich für die Zukunft profitables Transportgeschäft entreißen zu lassen.

Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß die beiden vorgenannten Dampfer-Gesellschaften nicht nur jede für sich, die größten der Welt sind, sondern auch, daß sie vor mehreren Jahren mit der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffsgesellschaft und der Roland-Linie ein Uebereinkommen getroffen haben, daß von den fünfhundert (!) Ozeandampfern dieser vereinigten vier deutschen Dampfer-Gesellschaften jeder nur irgendwie wichtige Hafen der Welt besucht wird, ohne daß die vier Gesellschaften sich gegenseitig Konkurrenz machen. Gegen eine solche noch nie dagewesene Kombination zu konkurrieren, ist nicht leicht. England hat im Ganzen eine bedeutend größere Tonnenzahl ihrer Schiffe aufzuweisen als Deutschland, ist ihm als seefahrende Nation ja auch um Jahrhunderte voraus, aber keine ihrer Gesellschaften reicht an die Hamburg-Amerika-Linie oder den Norddeutschen Lloyd heran."

Provinziales.

Kommissions-Untersuchung.

Seit Mittwoch letzter Woche tagt im Gerichtsgebäude zu Regina die Richter-Kommission zur Untersuchung des von der Regierung mit der Morang Co., Toronto, eingegangenen Schulbücher-Kontrakts. Bekanntlich spielte dieser Kontrakt zur Lieferung freier Schulbücher eine ziemliche Rolle in den letzten Provinzwahlen. Haultain behauptete, der Kontrakt sei „schändlich", „extravagant" und „verwerflich".

Oberrichter Wetmore und Richter Newlands sind die beiden Kommissäre. J. A. Allan vertritt die Regierung vor der Kommission, ein Winnipeger Advokat die Firma Morang & Co., während Haultain „sich selbst vertritt".

Es sind Zeugen von Toronto und New-York, wo die Bücher hergestellt werden, gerufen und nimmt die Untersuchung sehr lebhaftes Interesse in Anspruch.

„Nun Ade du mein Saskatchewan—"

Von Verigin, Sask., kommt die Nachricht, daß unsere als Doukhoborzen bekannten russischen Bürger im Frühjahr mal wieder wandern wollen. Diese lieben Leute haben als Wanderleute bereits einen Rekord errungen. Jedermann erinnert sich dessen wohl noch, daß viele von ihnen seinerzeit halbnackt und halbverhungert über die Prärie wanderten, um Jesum zu suchen. Diese Wanderer hatten mindestens einen „Spleen", wenn sie nicht völlig religiös wahnsinnig waren. Einige von ihnen sind auch bereits im Irrenasyl zu Brandon interniert.

Die jetzt beabsichtigte Wanderung ist aber anderer Art. Sie wollen jetzt eine Art „Paradies" suchen, wo es sich besser wohnen läßt, als in dem kalten Prärieland Saskatchewan. Sie wollen nach dem schönen Britisch Columbien, wo neben Weizen und Kartoffeln auch Aepfel, Birnen und Trauben wachsen.

Der Führer der Douchoborzen, Peter Verigin, reiste letztes Jahr nach der schönen Pacific-Provinz und kaufte dort Land bei Robson für seine Untertanen. Im Frühjahr werden nun an 100 von diesen das Abschiedslied anstimmen:

Nun ade du mein Saskatchewan,
Saskatchewan ade —
Zum schönen Obtland geht es jetzt,
Ade — Saskatchewan.

Mit Sack und Pack, Ochsen, Pferde, Vieh und Farmmaschinerie wird die Avantgarde über Land nach Broadview marschieren, wo sie dann mit der C. P. R. westwärts dem schönen Obtparadies zueilen wird. Dort werden sie dann Pionierarbeit tun und nach und nach auch den Rest ihrer Brüder und Schwestern nach sich ziehen.

Es wohnen bekanntlich eine große Anzahl Douchoborzen hier in unserer Provinz. Sie leben in ungefähr 60 Dörfern zusammen und sind Kommunisten. Das heißt, sie haben alles gemeinsam und leben wie Brüder und Schwestern zusammen. Von jedem Dorf werden 2 Mann mit Frauen und Kindern dies Jahr fortgehen — der Rest wird nach und nach folgen.

Die finanzielle Lage der Kolonien ist nach Bericht der letzten Jahresversammlung eine gute. Das Gemeinwesen schuldet für Ländereien, Maschinerien u. s. w. 300,000 Dollars, haben dagegen aber verkaufbare Güter im Werte von 400,000 Dollars mit Ausnahme des Landes. Bekanntlich betreiben sie auch eine große und sehr leistungsfähige Ziegelei.

Wir wünschen den Douchoborzen Füllung ihrer Wünsche im schönen Britisch Columbien. Hoffentlich kommen sie dort endgiltig zur Ruhe und vergessen den ihnen innewohnenden Wandertrieb.

Musikalisches aus der Hauptstadt.

Letzte Woche hatten wir den für hiesige Verhältnisse außerordentlichen Genuß, eine Violin-Künstlerin ersten Ranges zu hören. Frl. Marie Hall, die berühmte englische Violinistin, gab ein Konzert, das außerordentlich gut besucht war.

Das Spiel der Künstlerin war vollendet in jeder Hinsicht. Sie entlockte ihrem herrlichen Instrument, einer Violine, die 10,000 Dollars wert ist, Töne, die wunderbar auf das Gemüt jedes Musik-Kenners und -Liebhabers wirkten. Ihre Technik ist glänzend und überwindet die allergrößten Schwierigkeiten. Die Interpretation war eine brillante. Auch die Pianistin, Lonie Balche, die die Künstlerin auf dem Piano begleitete, spielte eine Anzahl Solostücke auf dem Piano und zeigte sich dabei als vollendete Künstlerin. Die 12. Ungarische Rhapsodie von Liszt zeigte ganz besonders ihre brillante Technik.

Alles in allem war das Konzert eine großartige musikalische Leistung und ein seltener Genuß.

Etwas pöbelhaft benahm sich ein Teil der Zuhörer, indem er nicht nachgab mit dem ewigen Händeklatschen, bis die Künstlerinnen noch einige Zugaben machen mußten, obgleich das Programm schon sehr reichhaltig war. Sonst benahm sich das Auditorium einständig und zeigte gutes Kunstverständnis.

Dabei müssen wir dann auch der unermüdlichen Arbeit namentlich Herrn Laubachs gedenken, der durch Bildung der Orchester-Vereinigung und durch seine vorzüglichen Konzerte viel dazu beigetragen hat, das Kunstverständnis des Publikums zu fördern und zu pflegen. Wir sehen mit Spannung und Sehnsucht dem nächsten Konzert dieser Vereinigung entgegen.

Neueste Nachrichten.

Die neue Tagung des Reichsrats.

Die Aussichten auf eine Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des österreichischen Reichsrats, welcher nach der abrupten Schließung zu Anfang Februar nun von neuem zusammengetreten ist, sind nicht verheißend. Nachdem das kürzlich umgemodelte Kabinett Bienerth es gewagt hat, den Tschechen die Faust zu zeigen, indem es gegen die hochverräterischen Umtriebe der Klofac-Gruppe den Staatsanwalt einschreiten ließ, sind die tschechischen Widersacher, welche die Tätigkeit des Parlaments in der letzten Sitzungsperiode durch ihre Obstruktion lahmlegten, zweifellos noch schwieriger geworden. Die Skandalszenen, unter welchen die Eröffnungssitzung vor sich ging, sprechen schon deutlich genug.

In der parlamentarischen Kunstpause des verflossenen Monats hat sich außerdem eine Parteineubildung vollzogen, die nun ihre Kraftprobe zu bestehen hat. Auf das entschlossene Vorgehen der Regierung gaben die Tschechen mit der Gründung einer Slawischen Union geantwortet, die aus Tschechen, Slowenen und Ruthenen besteht. Der neue Verband ist der stärkste des Abgeordnetenhauses, und er hat offen auf seine Fahne den Kampf gegen die Regierung und gegen das Deutschtum geschrieben.

Daß der hohe Ernst der auswärtigen Lage in fördernder Weise auf die Arbeitsfähigkeit des Parlaments einwirken wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen so gut wie ausgeschlossen. Die Slawische Union, deren Sympathien durchaus auf Seiten der serbischen und russischen Panslawisten sind, wird sich durch keinerlei Berufung auf die Gefahren der auswärtigen Lage dazu bestimmen lassen, den Schwierigkeiten Rechnung zu tragen und ihrem großen Eifer, den Parlamentarismus zu zertrümmern, Schranken zu setzen.

Der enge Zusammenschluß der Slawen hat wenigstens die eine, lange vergebens erwartete Wirkung gehabt, daß sich die Deutschbürgerlichen wieder stärker ihrer gemeinsamen deutschnationalen Interessen erinnert haben. Die lockere Gemeinschaft, welche zwischen Deutschfreiheitlichen und Christlichsozialen für nationale Fragen schon früher bestanden hat, scheint festere Form annehmen zu wollen. Dadurch würde eine geschlossene deutschnationale Phalanx von rund einhundertachtzig Abgeordneten gebildet werden, die dem slawischen Block schon zahlenmäßig stark überlegen sein würde.

Voraussichtlich wird es sich sehr bald offenbaren, ob die Tschechen entschlossen sind, zu gewalttätiger Obstruktion ihre Zuflucht zu nehmen und dabei zu beharren, nur die parlamentarische Tätigkeit unmöglich zu machen. In diesem Falle wird das Kabinett Bienerth abermals die Reichsratsbude schließen müssen, und es wird mit dem famosen Notparagraphen 14 regiert werden. Das gegenwärtige Ministerium enthält zwei tschechische Minister. Wenn das Parlament wiederum durch tschechische Obstruktion schachmatt gesetzt wird, dürfte die Stellung der Beiden unhaltbar werden, und es mag sich ereignen, daß infolge des tschechischen Terrorismus die Slawische Union schließlich ohne einen Vertreter im Kabinett sein wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die innerpolitische Lage Oesterreichs in der nächsten Zeit ein wenig erquickliches Bild bieten. Der Wunsch der maßgebenden Gewalten, parlamentarisch zu regieren, wird sicherlich aufrichtig sein, aber der unselige Nationalitätenhader wird die Erfüllung des Wunsches zur Unmöglichkeit gestalten.

Berlin, 15. März. — Infolge der neuerlichen beunruhigenden Meldungen über die Lage am Balkan war die Börse heute sehr verstimmt. Das Gefühl der Unsicherheit ist groß. Laut telegraphischer Meldung aus Paris machte sich dort die gleiche Wirkung an der Börse geltend.

Große Beachtung findet ein einschlägiger offiziöser Artikel der „Deutschen Reichskorrespondenz", welche dem Fürsten Bülow nahesteht. Das Blatt erklärt, Deutschland habe nie den berechtigten Grundgedanken bekämpft, daß die Signaturmächte des Berliner Vertrags die Ergebnisse der Balkan-Verhandlungen gutheißen sollten. Deutschland werde nur der Abhaltung einer gewissenhaft vorbereiteten Konferenz zustimmen. Unerläßliche Vorbedingung sei die Klärung aller Streitpunkte zwischen den beteiligten Ländern. Diese sei bisher nicht erfüllt. Deutschland wünsche eine Konferenz, an welcher Oesterreich-Ungarn nach eigenem Willen teilnehme, nicht eine solche, zu der die Doppelmonarchie gezaudert werde. Die Gerichtsidee widerspreche dem Wesen internationaler Zusammenkünfte, welches Ankläger und Angeklagte nicht kenne.

Der auf einen sehr ernsten Ton gestimmte Artikel schließt mit den bedeutsamen Worten, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland zur Teilnahme an einer Konferenz nicht bewogen werden könnten, bevor sie es selbst wünschten. Somit müßten die Eiferer für eine Konferenz-Idee sich gedulden, bis Berlin und Wien den Zeitpunkt für gekommen erachteten.

Belgrad, 15. März. — Die serbische Regierung hat eine Mitteilung veröffentlicht, sie habe auf Rußlands freundliche Intervention geantwortet, Serbien wünsche nicht, Krieg zu provozieren oder noch seine Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn zu ändern, bleibe aber auf dem Standpunkt, die Annektierung Bosniens und der Herzegowina sei eine wesentlich europäische Frage, deren Regelung die Pflicht der Mächte sei. Serbien verlasse sich auf die Gerechtigkeit der Mächte und überlasse ihnen die Entscheidung, ohne dabei irgend eine Kompensation von Oesterreich-Ungarn zu verlangen.

Wien, 15. März. — Der Eindruck der Antwortnote Serbiens ist, soweit deren Inhalt bekannt geworden ist, ein höchst ungünstiger. Von bestunterrichteter Seite verlautet, daß das Dokument, welches die Zustimmung Rußlands gefunden hat, vor der offiziellen Uebergabe zwecks Verbesserung noch einmal zurückgezogen worden ist.

War dies schon geeignet, die vorherrschende pessimistische Stimmung noch mehr zu verschärfen, so rief eine telegraphische Kunde aus Budapest förmliche Aufregung hervor. Darnach hat der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle im Parlament den bevorstehenden Handelsvertrag mit Serbien in aller Form zurückgezogen. Das bedeutet die Entfesselung eines Zollkriegs, der auch von Solchen, welchen jede Schwarzseherei fremd ist, als das Vorspiel eines nicht mehr fernen bewaffneten Zusammenstoßes ausgelegt wird.

Außerdem erregten telegraphische Meldungen aus Agram, der Hauptstadt Kroatiens, Besorgnis. Dort ist es zu heftigen Konflikten zwischen Kroaten und Serben gekommen. Die Kombattanten machten von Revolvern Gebrauch und feuerten wild auf einander los. Drei Personen wurden schwer verwundet, zahlreiche andere trugen leichte Verletzungen davon. In Agram herrscht seitdem halber Kriegszustand. Jeden Augenblick werden neue Streitigkeiten erwartet, da sich Kroaten und Serben äußerst feindselig gegenüberstehen.

Berlin, 16. März. — In der Unglücksziche Radbod bei Hamm in Westfalen ist nunmehr die erste von den dreihundert Leichen gefunden worden, welche seit der zweiten Novemberwoche vorigen Jahres in der Tiefe der Grube gelegen haben. Die Bergmanns-Leiche war mumifiziert und völlig unkenntlich. Das Bergungswerk dürfte von jetzt an rascher vor sich gehen, nachdem im Ausschöpfen des Wassers ein beschleunigtes Tempo eingeschlagen worden ist. Ein großer Teil der Leichen wird sich in der dritten Sohle befinden. Da die Grube mindestens zwölf Tage nach dem Unglück noch gebrannt hat, indem zwölf Tage nach der Katastrophe die stärkste der Explosionen sich ereignete, so werden zweifellos viele der Opfer verbrannt sein.

Die angebliche Saumseligkeit der Verwaltung bei Entleerung der Grube hat bitteren Tadel gefunden, vor allem auch seitens der Hinterbliebenen der Opfer, deren Geduld auf eine harte Probe gestellt worden ist. Aber es sind in die Grube nicht weniger als 300,000 Kubikmeter Wasser eingepumpt worden, und die Entwässerung mußte notwendigerweise geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Als die erste Leiche zu Tage gefördert wurde, ereigneten sich kameralistürmische Szenen, die vielfach beobachtet worden waren. Es blieb im Gegenteil alles ruhig. Gendarmerie ist zur Stelle, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

— Das Wetter weist fortgesetzt abnorme Erscheinungen auf. In den Ostsee-Gebieten sind durch Eistrümmer die Küsten blockiert. Der Verkehr mit Skandinavien hat infolge dessen eingestellt werden müssen. Wie in Tirol und Steiermark, ist auch im Harz und Erzgebirge durch Lawinen manches Unheil angerichtet worden. Neue gewaltige Schneefälle haben vielfach alle Verbindung unterbrochen.

— Das Zeppelin'sche Luftschiff, das am Freitag vom Bodensee aus einen Aufstieg machte, erhob sich 3000 Fuß in die Luft, die höchste bis jetzt von einem lenkbaren Luftschiff erreichte Höhe. Verschiedene äußerst schwierige Manöver wurden in dieser Höhe mit Erfolg ausgeführt.

Wien, 15. März. — Der Reichsrat ist von neuem eröffnet worden. Vom Beginn an herrschte großer Tumult. Die stürmischen Kundgebungen erreichten ihren Höhepunkt, als Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Bienerth in einem umfassenden Exposé die auswärtige wie die innerpolitische Lage Revue passieren ließ. Vergebens bemühten sich die radikalen Tschechen, den Premier niederzuschreien. Freiherr v. Bienerth ließ sich nicht irre machen, sondern brachte seine Ausführungen, wenn auch mit häufigen Unterbrechungen, zu Ende. Er schloß mit einem dringenden Appell an die Parteien, dem Kabinett das parlamentarische Regieren möglich zu machen.

St. Petersburg, 16. März. — Die geplante Ministerkonferenz über die Lage in Charbin, Mandschurei, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben wegen Krankheit des Premiers Stolypin. Eine aus Charbin in St. Petersburg eingetroffene Depesche des Generals Horvath meldete, daß ein Teil der chinesischen Geschäftsleute sich dem Druck der russischen Behörden gefügt, und sich bereit erklärt hätten, die Steuern zu bezahlen. Der General fügte hinzu, daß er in direkten Unterhandlungen mit dem chinesischen Gouverneur von Charbin stehe zum Zweck einer Beilegung der ganzen Streitfrage.

— Die russische Regierung ist entschlossen, so viel wie möglich die Verhängung der Todesstrafe und die Ausübung des Kriegsrechtes bei gewöhnlichen Verbrechen zu vermeiden. Dieser Schritt wird durch die Besserung der allgemeinen Lage im Lande ermöglicht. Die Gerichtsabteilung des Kriegsministeriums hat ein Rundschreiben ausgesandt, in dem empfohlen wird, alle Fälle, die zum vor Kriegsgerichten schweben, an Zivilkriminale zu verweisen, soweit es angängig ist. Die Todesstrafe wird nur in den allerschwersten Fällen und nur nach sorgfältiger Erwägung der Beweise verhängt.

Die Ausführung dieser Reform wurde von dem Präsidenten der Duma, Chomjakow, anläßlich seiner neulichen Audienz beim Kaiser Nikolaus, warm befürwortet.

Es wird angedeutet, daß der Premier Stolypin mit dieser Reform einverstanden ist, um so mehr, da die rücksichtslose Verhängung der Todesstrafe in zahlreichen Fällen, wo sie nicht angebracht war, von allen Parteien in der Duma scharf verurteilt wurde.

Algier, 15. März. — Vierundzwanzig der Radelsführer bei dem im letzten Dezember gemachten Versuch einer Anzahl Fremdenlegionäre, über die Grenze von Marokko zu desertieren, sind von einem Kriegsgericht zu Haftstrafen von zwei bis zwanzig Jahren verurteilt worden. Die meisten Verurteilten sind Deutsche.

Wien, 16. März. — Der Eindruck der Note der Belgrader Regierung, welche die Antwort auf Rußlands freundschaftliche Erklärung bildet und in der mitgeteilt wird, daß Serbien keinen Krieg mit Oesterreich-Ungarn zu provozieren wünsche, aber an dem Standpunkte festhalte, daß die Frage der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina von den Mächten geregelt werden solle, ist ein entschieden ungünstiger. Die tonangebenden Blätter wie die amtlichen Kreise verlangen nunmehr einmütig, daß Serbien formell und unverblümt Oesterreich-Ungarn direkt die Mitteilung mache, daß es die Annexion der beiden Provinzen seitens der Doppelmonarchie anerkenne. Zugleich fordern sie mit aller Entschiedenheit, daß Serbien rückhaltlos auf eine Entschädigung Verzicht leiste und Abrüstung verfüge.

Die maßgebenden Faktoren erblicken in dem Inhalt der serbischen Note nur die Absicht weiterer Verschleppung. Es werden infolge dessen Schritte in Erwägung gezogen, um der Verschleppungs-Taktik ein Ende zu bereiten.

Angesichts des hohen Ernstes der auswärtigen Lage haben die darauf bezüglichen Stellen in den Programmreden, welche Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Bienerth im Abgeordnetenhause wie im Herrenhause des Reichsrats gehalten hat, allgemein die größte Beachtung gefunden. Die Worte des Premiers werden durchaus günstig beurteilt. Besonders hat die Mahnung an die maßgebenden Faktoren gefallen, sie sollten die Schwierigkeiten der auswärtigen Lage bedenken und dafür Sorge tragen, daß das ganze Aufgebot der inneren Kraft an die Stelle des inneren Zwistes trete. Auch wird in den Blättern der Passus nachdrücklich betont, in welchem Freiherr v. Bienerth erklärte, die Aussichten auf Erhaltung des Friedens hätten sich zwar gehoben, aber Wachsamkeit, stete Bereitschaft und das Zusammenfassen aller staatserhaltenden Kräfte seien gebieterisch notwendig. Endlich wird noch die Erklärung des Premiers unterstrichen, daß die innerpolitischen Gegensätze die Bildung eines Koalitions-Ministeriums ausgeschlossen hätten, doch sei die Regierung von den lautersten konstitutionellen Absichten erfüllt und wünsche die Durchführung der Sozialpolitik und die Verständigung der Parteien in Böhmen.

Im Hinblick auf die gewaltigen Anforderungen, welche durch die Vorbereitungen für den Ernstfall an den Reichssäckel gestellt werden, gilt der große Erfolg der eben erfolgten Emission von 220 Millionen Kronen Schatzscheinen als höchst zufriedenstellend. Die Anleihe ist zehnmal überzeichnet worden. Die Schatzscheine, welche der gemeinsame Finanzminister Baron Burian ausgiebt, bringen vier Prozent und laufen drei Jahre.

Berlin, 16. März. — Sven Hedin, der Erforscher von Tibet, hielt in Berlin einen Vortrag vor der Berliner Geographischen Gesellschaft, dem auch der Kaiser beiwohnte. Als Herr Hedin geendet hatte, ließ der Monarch ihn nach seiner Loge entbieten und überreichte ihm die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft. Die Geographische Gesellschaft ehrte den Forscher durch Verleihung der Humboldt-Medaille.

Paris, 16. März. — Frankreich steht wie die Ver. Staaten einem großen Defizit gegenüber. Die Lage ist in diesem Lande darum um so ernstlicher, weil man sich mit einer großen Anzahl sozialistischer Projekte trägt, die große Ansprüche an den Staatsschatz stellen. Das Budget von 1909 zwang zu der Ausgabe von 12,000,000 Dollars in Schatzamtsscheinen, und dabei sind die vorgeschlagene Altersversorgung der Arbeiter und die Pensionierung der Bahnangestellten, die zusammen noch $37,800,000 mehr erfordern würden, noch gar nicht in die Berechnung gezogen. Diese Lage wird noch verwickelter dadurch, daß eine Revision des französischen Zolltarifs vorgeschlagen ist.